Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 7. Februar, mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. v. Bötticher u. a.

Die Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Hitze und Dr. Lieber betr. die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern wird fortgesetzt.

Abg. Schneider-Nordhausen (freis. Vp.): Aus der Antwort des Reichskanzlers konnte man sowohl einen günstigen wie einen ungünstigen Bescheid für die Interpellanten heraushören. Die Erklärungen des Frhrn. von Berlepsch konnten dahin ausgelegt werden, daß die Regierung, ebenso wie früher Graf Caprivi, alle Gesetze darauf prüft, wie sie auf die Sozialdemokratie wirken. Aber Herr von Kardorff hat wohl nicht Unrecht, wenn er annimmt, daß bei den Regierungen keine Neigung mehr besteht, auf sozialpolitischem Gebiete vorzuschreiten. Daher hat die Erörterung über die Interpellation nur einen akademischen Werth. Wir in unserer Partei stehen auf dem Standpunkt, daß wir meinen, eine organisatorische Ordnung der Arbeiter sei nicht hintanzuhalten, wenn eine zwangsweise Organisation des Handwerks und der Industrie erfolgt. Besser als eine zwangsweise Organisation ist die freie der Berufsvereine. In der That haben auch die Berufsvereine einen Anspruch darauf, gesetzlich anerkannt zu werden; denn ihre Mitgliederzahl wächst von Jahr zu Jahr. Alle Einrichtungen, die Abg. Hitze gestern verlangte, sind in einer Reihe Gewerkvereine bereits eingeführt. Die gesetzliche Anerkennung würde die Vereine in den Stand setzen, diese Einrichtungen mehr und mehr zu vervollkommnen und zwar auf dem Wege der Selbsthilfe. Eine Gefahr für unsere Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande würde darin nicht liegen. Das, was der Abgeordnete Möller gestern als Schreckbild vorgeführt hat, daß die englischen Trade-Unions sozialistisch geworden seien, ist nicht richtig. Sie segeln durchaus im manchesterlichen Fahrwasser. Wenn bei unseren Gewerkvereinen auch noch immer die Parteipolitik statt der Wirthschaftspolitik eine Rolle spielt, so ist das auf die Nachwirkungen des Sozialistengesetzes zurückzuführen. Und so lange ein neues Sozialistengesetz in Aussicht steht, werden wir die Wirkungen des Sozialistengesetzes nicht überwinden. Die Regierung selbst hat die Einigkeit der Sozialdemokratie, die in die Brüche zu gehen drohte, durch die Umsturzvorlage wiedergestellt. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, Anspruch auf gesetzlichen Schutz haben. Es ist unser Wunsch, daß der Interpellation von den Regierungen so weit Folge gegeben werde, daß den wirthschaftlichen Organisationen der Arbeiter freierer Spielraum gegeben werde als bisher.

Abg. Rettich (kons.): Dem ersten Theile der Interpellation ist durch die Einführung der Gewerbegerichte bereits genügt; was den zweiten Theil anlangt, so müssen wir die Erfahrungen beachten, die man in England mit den Trade-Unions gemacht hat. In dieser Beziehung können mich die Ausführungen des Vorredners nicht bekehren. Einige unserer Gewerkvereine, wie die Hirsch-Duncker'schen, haben sich ja von sozialistischen Bestrebungen erfreulicherweise ferngehalten. Das schafft aber die Thatsache nicht aus der Welt, daß es im großen und ganzen den Sozialdemokraten gelückt ist, sich die Gewerkvereine dienstbar zu machen. Eine gesonderte Vertretung der Arbeiter in Arbeiterkammern, nicht im Verein mit den Arbeitgebern, würde, das hat Abg. Möller bereits richtig ausgeführt, eine verhängnißvolle Maßregel sein. Meine Partei steht auf dem Standpunkte, daß nur solche Organisationen zuzulassen sind, die Arbeitgeber und Arbeiter vereinigen. Die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine, wie sie hier verlangt worden ist, müssen wir angesichts der Erfahrungen mit den Trades Unions ablehnen. Der Vorwurf, daß sich das soziale Königthum in den Dienst des Kapitalismus gestellt hat, ist durchaus verfehlt, ebenso der, daß das Centrum durch die Interpellation seine verlorene Stellung bei den Wählern wiedererobern wollte. Ich halte sie vielmehr für den Ausfluß eines Doktrinarismus, der das Gute will, aber oft das Böse schafft.

Abg. Möcke (d. k. Fr.): Ich halte es für nützlich, daß auch ein Arbeitgeber das Wort nimmt, der nicht auf dem Standpunkt des Abg. Möller steht. Mit Recht hat der Abg. Hitze die Arbeiter auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen, und ich rechne hier noch die Fragen der Fortbildung, die Lohnfrage und die Frage der Arbeitszeit hinzu. Auf die Bildung von Arbeiterkammern lege ich nicht denselben Werth wie auf die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine. Die Gewerbegerichte können hier als Vorbild dienen, denn sie haben sich, mit wenigen Ausnahmen, durchaus bewährt und sowohl bezüglich der Rechtsprechung vorzüglich gewirkt, als auch einen erziehlichen Einfluß geübt. Auch daß das Gesetz bezüglich der Berufsvereine nicht von Seiten der Einzelstaaten sondern vom Reiche erlassen werden muß, ist nach meiner Ansicht richtig. Gegenüber der Macht des Kapitals haben die Arbeiter nur das Koalitionsrecht, und damit dieses sich in gesetzlicher Weise geltend mache, bedürfen die Arbeiter der Organisationen und zwar auf gesetzlicher Grundlage. Die Sozialdemokraten würden sich dieser Vereine nicht bemächtigen, denn sie bedürfen bei ihrer straffen Disciplin dieser Organisationen gar nicht. Aber wenn es selbst geschähe, so würde das der Gesellschaft auch nichts schaden, denn Alles, was diese Vereine thun, würde ja vor der vollsten Oeffentlichkeit geschehen. Gerade um den nicht socialistischen Elementen Gelegenheit zu geben, ebenfalls ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen, ist eine solche Gesetzgebung nöthig. Daß die Trade Unions in das socialistische Fahrwasser gerathen seien, sei eine unrichtige, von den Sozialdemokraten verbreitete Behauptung. Nach Beendigung des Bierkrieges ist mir von konservativer und nationalliberaler Seite ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß ich mit den Führern der Socialdemokraten verhandelt hätte, ich hätte damit die Socialdemokratie als Partei anerkannt; das ist eine müßige Frage, denn eine Partei von solcher Größe wie die Socialdemokratie ist in Deutschland anerkannt, gleichviel ob ich oder andere sie anerkennen oder nicht. Daß damals keine geordnete Vertretung der Arbeiter bestand, war eine mißliche Sache für uns, und so waren wir gezwungen, die zu acceptiren, die uns zum Zweck der Verhandlungen präsentirt wurde. Das empfanden auch die Socialdemokraten selbst, und sahen diesen Zustand für einen wünschenswerthen für sich an. Daran ist kein Zweifel, daß es unter den Arbeitern zwei Strömungen giebt, eine politische und eine gewerkschaftliche. Sie gehen zwar vielfach zusammen, trennen sich aber auch oft. Letztere Strömung ist freilich noch nicht stark genug, um immer die Oberhand zu gewinnen. Darum mußte es unser Bestreben sein, sie von den politischen Agitationen zu trennen. Darin bin ich mit dem Abg. Möller einverstanden, daß die Frage der Arbeitsvermittelung eine der wichtigsten und daß es gefährlich ist, ihre Lösung einer der beiden Klassen zu überlassen, darum muß sie ihre Erledigung im Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter finden. Solange die Bestrebungen der Vertreter sich auf gesetzlicher Grundlage bewegen, sehe ich in ihnen keine Gefahr für die Gesellschaft. Ich halte darum auch die Streiks nicht für gefährlich, und bin auch gegen gesetzgeberische Maßregeln gegen den Boykott. Wenn auch ein Gegner des letzteren, wie der schwarzen Listen, muß ich ihn doch, so lange keine Ausschreitungen vorkommen, für berechtigt halten. Wir wollen ja alle den Frieden: um so mehr halte ich es aber für einen Nachtheil, wenn etwa die Meinung Platz griffe, daß die Meinung des Herrn von Stumm, der alle Organisationen der Arbeiter verwirft, die Ansicht aller Arbeitgeber ist. Er hat es sogar für eine Frechheit erklärt, wenn nicht alle Arbeitgeber seiner Ansicht sind. Ich habe vornehmlich keine Furcht vor der Sozialdemokratie und halte es auch nicht für einen besonderen Muth, wenn man bei jeder Gelegenheit nach der Polizei und nach neuen Gesetzen ruft. (Beifall bei den Sozialdem.) Ich verweise auf das Wort des Kaisers bei Gelegenheit der Ausstellung für Unfallverhütung, es käme überhaupt darauf an, den Arbeitern das Bewußtsein beizubringen, daß sie ein gleichberechtigter Stand sind und allseitig als solcher anerkannt werden. Nur dann werde es gelingen, sie den Sozialdemokraten zu entfremden. Dieser Gedanke stimmt mit meinen Grundsätzen überein, doch aber wahrlich nicht mit denen des Herrn v. Stumm. Die Arbeiterausschüsse haben sich in meinen Betrieben durchaus bewährt und haben in keiner Weise zum Schaden der Disciplin gewirkt. Sie obligatorisch zu machen, dazu halte ich allerdings die Zeit noch nicht gekommen. Die soziale Frage ihrer Lösung näher bringen werden diese Ausschüsse ebensowenig wie die Wohlfahrtseinrichtungen. Die Sozialdemokraten bekämpfen die letzteren, weil sie geeignet seien, die Arbeiter an die Betriebe zu fesseln. Aber die hohe Verzinsung, welche in meinen Betrieben für Spargelder den Arbeitern gewährt wird, hat im vorigen Jahre die Böttcher nicht gehindert, sofort die Arbeit niederzulegen; außerdem standen ihnen natürlich ihre Spareinlagen sofort zur Verfügung und ermöglichten es ihnen, so lange im Kampfe auszuhalten. Auf dem Wege der Sozialreform darf man nicht einhalten; sie muß ihren Fortgang nehmen, und zwar so, wie es bisher in Deutschland der Fall war. Ich würde es bedauern, wenn es anders wäre, denn es darf keinen Stillstand geben auf sozialpolitischem Gebiete. Die Bedenken, die aus der Rücksicht auf das Ausland geäußert worden sind, kann ich nicht als richtig anerkennen; die Großindustrie hat überhaupt kein Recht, sich über die Lasten durch die Sozialreform zu beklagen, eher könnten es die kleinen Betriebe; aber auch deren Stellung würde durch ein Einhalten auf dem Wege der Sozialreform nicht verbessert werden. Wenn es nothwendig ist, mag man ein langsames Tempo einschlagen. Als Hauptzweck der Interpellation betrachte ich es, daß im Reichstage eine Erörterung darüber herbeigeführt wird, ob man der Sozialdemokratie durch gewaltsame Maßregeln Einhalt thun will oder ob man gewillt ist, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, so weit er möglich ist, auf dem Wege der Sozialreform nach und nach herbeizuführen. (Beifall.)

Abg. Dr. Lieber (Ctr.): Die Frage, ob in den Arbeiterkammern Arbeitgeber und Arbeiter zusammenwirken sollen, oder die Arbeiter gesondert, ist für das Centrum eine offene Frage, die nach Zweckmäßigkeitsgründen zu lösen ist. Die Annahme, daß der Erklärung des Reichskanzlers durch die darauf folgende des Ministers von Berlepsch widersprochen worden sei, muß schon formell darum irrig sein, weil die erstere in der besonders feierlichen Form der Verlesung erfolgt ist. Ein einzelner Minister, wenn auch der Fachminister, konnte sich mit der Erklärung, die namens des preußischen Staatsministeriums abgegeben worden ist, konnte sich mit diesem nicht in Widerspruch setzen, auch nicht für seine Person und sein Ressort. Dazu kommt aber noch, daß Frhr. v. Berlepsch wenn auch nicht als der Vater der Februarerlasse, so doch als ihr treuer Durchführer gilt. Er würde seine eigene Vergangenheit nicht nur als Minister, sondern auch in früheren amtlichen Stellungen verleugnet haben. Nichts könnte die Sozialdemokratie so fördern, als wenn sich der Gedanke festsetzt, es sei auf die Dauer ein Fortschritt in der Sozialreform nicht zu erwarten. Das war auch den Grund, weshalb wir nähere Anfragen gestellt haben. Der Abg. Fischer hat gesagt, wir seien dazu durch unseren „Umfall" in der Umsturzkommission veranlaßt worden. Ich habe jetzt darauf nur zu sagen: „Wir haben mit der Interpellation nur zum Ausdruck bringen wollen, daß mit der Bekämpfung des Umsturzes auch positive Maßregeln gleichen Schritt halten müssen. Der Abg. Fischer hat wohl vergessen, daß wir bereits in der vorigen Session unsere diesmal wieder gestellten Anträge auf Verbesserung der Arbeiter-Verhältnisse durch gesetzgeberische Maßnahmen gestellt hatten. Diese Anträge sind bisher noch nicht berathen worden und da dieselbe Gefahr auch diesmal vorliegt, so wollten wir auf dem Wege der Interpellation unseren ernsten Willen zum Ausdruck bringen, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen muß. Um den Vorwurf zu erheben, das Centrum sei in der Umsturzkommission „umgefallen," muß man entweder der Meinung sein, das Centrum nehme dort eine andere Stellung ein als sein Parteredner bei der ersten Lesung. Oder aber man nimmt an, das Centrum habe in den weiteren Stadien der Berathung den Standpunkt verlassen, den es in den früheren Stadien eingenommen hatte. Um zu der erstgenannten Annahme zu kommen, muß man die Rede des Abg. Gröber vollkommen vergessen haben. Mit dieser Rede hätten wir uns in Widerspruch gesetzt, wenn wir in der Kommission einen rundweg ablehnenden Standpunkt eingenommen hätten. Aber auch die zweite Annahme ist unrichtig; denn schon bei § 111 hat das Centrum einen positiven Abänderungsantrag eingebracht. Zu unserem Bedauern wurde er nicht angenommen und darum konnten wir auch nicht für § 111 stimmen. Wir erklärten auch in der ersten Lesung der Kommission, daß wir uns unsere Stellungnahme für die zweite Lesung vorbehalten. Soll das Umfall sein? Ich erkläre namens des Centrums, daß es seine Entschließungen nicht von taktischen, am allerwenigsten von parteitaktischen Rücksichten abhängig machen wird. Darum werden uns auch Aeußerungen der Presse, auch nicht der eigenen Presse betren. Wir werden uns nicht einen Parteistandpunkt aufdrängen lassen, der nicht unserer pflichtgemäßen Ueberzeugung entspricht. Ich füge noch hinzu: Selbst wenn es zu Neuwahlen käme und alle Prophezeiungen über einen Niedergang des Centrums zur Wahrheit würden, dann würden wir unseren Stolz darein setzen, unserer gewissenhaften Ueberzeugung zum Opfer gefallen zu sein. (Beifall.) Wir vertrauen auf das Volk, auf unser Volk, und wenn Sie so fortfahren mit solchen Reden, wie sie gestern Herr Fischer gehalten hat, so sind wir gebogen. Fahren Sie nur so fort in Ihrer Schätzung der christlichen Caritas, dann wird bald kein christlicher Arbeiter mehr Ihren allein seligmachenden Theorien glauben! Weit genug ist es gekommen, daß hier im deutschen Reichstage so vom Christenthum gesprochen werden kann. Mögen die Regierungen und alle, die es angeht, die Lehre daraus nehmen, daß es nothwendig ist, das Christenthum in allen seinen berechtigten Erscheinungen vollständig frei zu machen, und außerhalb der parlamentarischen Redefreiheit derartige Herabwürdigungen des Christenthums unmöglich zu machen. (Beifall im Centrum.)

Staatsminister Frhr. v. Berlepsch: Der Abg. Schneider hat bemerkt, daß man nach der Erklärung des Reichskanzlers noch zweifelhaft sein konnte in Bezug auf die Fortführung der sozialpolitischen Reform; nach meinen Erklärungen aber sei es unzweifelhaft geworden, daß die Regierung nicht mehr beabsichtige, die sozialpolitische Reform fortzuführen. In der heutigen „National-Zeitung" besonders findet sich der Satz: Die Erklärung des Ministers lautete bestimmt dahin, daß vorläufig Ruhe auf dem Gebiete der sozialpolitischen Reform herrschen würde. Ich muß dem gegenüber die Behauptung aufstellen, daß für diese Darstellung in meinen Worten nicht der entfernteste Grund zu finden war. Hier ist offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Ich habe mich wenigstens vergeblich bemüht, nachdem ich meine Rede noch einmal durchgelesen hatte, auch nur eine leise Unterlage für diese Meinung zu finden. Ich möchte Sie bitten, bezüglich der erwähnten Frage sich einfach an die Thatsachen zu halten, an die ich Sie erinnern werde: Bei seinem ersten Auftreten hier im Reichstage hat der Reichskanzler seinen Willen betont, daß die Regierung die sozialpolitische Gesetzgebung in der Weise fortführen würde, wie sie begonnen worden ist, selbstverständlich sofern dadurch nicht unserer Industrie so große Lasten auferlegt würden, daß ihr der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte unmöglich gemacht würde. Und genau dieselbe Erklärung ist seitens der Regierung durch meinen Mund hier abgegeben worden, als wir 1891 die Vorlage um Abänderung der Gewerbeordnung, den sogenannten Arbeiterschutz eingebracht haben. Man kann also doch nicht annehmen, daß nach dieser Erklärung eine Berechtigung für die Annahme vorliegt, die Regierung beabsichtige, die sozialpolitischen Reformen fallen zu lassen oder zurückzuschrauben. Die Erklärung, die gestern vom Reichskanzler abgegeben wurde, enthält den Satz: „Es besteht indeß bei der Königl. Preußischen Regierung, über deren Auffassung alle Auskunft gegeben werden kann, kein Zweifel, daß es ihre Aufgabe ist, das Programm, welches der Erlaß Sr. Maj. des Königs vom 24. Februar 1890 aufgestellt hat, zur Durchführung zu bringen." Ich möchte hierbei die Meinung des Abg. Lieber berichtigen, der annimmt, es läge hier eine programmmäßige Erklärung des Bundesraths oder der verbündeten Regierungen vor. Das ist nicht der Fall. Diese Erklärung ist durch den Reichskanzler namens der preußischen Regierung abgegeben worden und auch als solche bezeichnet. Was enthält nun dieser Satz? Zweierlei: Zunächst das Anerkenntniß, daß der Allerhöchste Erlaß von 1890 noch nicht zur Durchführung gekommen ist; zweitens ist darin die Absicht bekundet, diesen Allerhöchsten Erlaß zur Durchführung zu bringen. Daß in Bezug auf die Arbeitervertretung der Erlaß von 1890 noch nicht zur Durchführung gekommen ist, das kann meines Erachtens keinem Zweifel unterliegen. Man hat sich berufen auf die Arbeitervertretungen, die in dem Arbeiter-Versicherungsgesetz vorgesehen sind und auf die im Gewerbegerichtsgesetze angeordneten Arbeitervertretungen. Daß diese Vertretungen in dem Erlaß nicht gemeint sind und nicht gemeint sein können, geht aus der Thatsache hervor, daß das Arbeiterversicherungsgesetz bereits als Gesetz bestand, als der Erlaß erschien und daß das Gewerbegerichtsgesetz in seinen Vorarbeiten im Bundesrath bereits festgestellt war.

Man hat weiter den schüchternen Versuch gemacht zu behaupten, daß die Arbeiterausschüsse als eine Lösung der Frage der Arbeiter-Vertretung anzusehen sind. Sie wissen alle, wie wenig vorbereitet dies Institut bei uns jetzt noch ist, und daß wir in keiner Weise unsere Gesetzgebung in der Richtung bewegt haben, Arbeiterausschüsse bei uns einzuführen, weder obligatorische noch fakultative.

Nun hat die preußische Regierung nach der gestern hier abgegebenen Erklärung auch nicht feststellen können, zu welcher Zeit und wie sie die ihr noch obliegende Frage der Arbeitergesetzgebung lösen wird. Daraus nun zu folgern, daß die preußische Regierung beabsichtige, diese Frage überhaupt nicht zu lösen, scheint mir um so weniger gerechtfertigt, als in derselben Erklärung auch mitgetheilt worden ist, daß augenblicklich Vorarbeiten und Vorberathungen schwebten. Also gerade im gegenwärtigen Augenblick ist viel weniger Veranlassung zu der Meinung, daß die preußische Regierung eine Sistirung der sozialpolitischen Gesetzgebung plane. Sie stellt sich nur die Reserve, daß bei jedem Gesetz sorgfältig geprüft werden müsse, ob dadurch nicht weniger Nutzen als Schaden angerichtet werde, daß die Macht der sozialdemokratischen Agitation gestärkt wird. Ich freue mich, konstatiren zu dürfen, daß dieser Gesichtspunkt heute im wesentlichen als berechtigt anerkannt worden ist.

Nun möchte ich nochmals betonen, daß es nicht die Absicht der Regierung ist, die sozialpolitische Reform fallen zu lassen, was ja auch aus der Erklärung des Reichskanzlers hervorgeht, und daß weitere Vorarbeiten in dieser Beziehung gemacht sind. Sie können fest versichert sein, daß ich am allerwenigsten geneigt sein würde, eine Politik zu verfolgen, die das Gegentheil von dem bekundet, was ich bisher in meiner Laufbahn bekundet habe. (Beifall.) Ich habe den Allerhöchsten Erlaß vorgefunden, als ich mein Amt antrat, und habe ihn als das Programm angesehen, unter dem ich mein Amt zu führen hätte. Ich bin nicht geneigt, von diesem Programm auch nur einen Schritt abzugehen. Sie können versichert sein, daß ich in dem Augenblicke, wo ich ihn nicht mehr als mein Programm ansehen könnte, nicht mehr in der Lage sein würde, von diesem Platze aus zu Ihnen zu sprechen. (Beifall.)

Abg. Frhr. von Stumm (Rp.): Wir befinden uns in einer Entwickelung, in der die sozialen Verhältnisse sich nicht verschlechtert sondern verbessert haben. Persönliche Leistung und Kapitalertrag nähern sich immer mehr. Der Zinsfuß und die Bodenrente sinken. Wenn auch die Kapitalansammlungen noch weiter zunehmen, so sind diese gleichsam Reservoirs, die zur Ueberwindung der Krisen dienen und darum auch zum Wohle der Arbeiter dienen. Das Wohlergehen der Lohnarbeiter hat sich gegen früher erheblich gebessert. Weit eher kann man von einem Nothstand des Mittelstandes der Landwirthschaft zc. reden, als von einem solchen der Arbeiter. Ich bestreite, daß es überhaupt besondere Interessen des sog. 4. Standes giebt; die einzelnen Klassen in meiner Fabrik gehen miteinander über; es giebt da keine Grenzen. Ich will nun durchaus nicht behaupten, daß wir in der besten der Welten leben, und daß es nicht auch erhebliche Schäden giebt: auf ethisch-religiösem und materiellem Gebiete. Auf beiden Gebieten bin ich bereit, einzutreten. Schon 1869 habe ich Kranken- und Invaliditätsversicherung von Reichs wegen verlangt, zu einer Zeit, in der von der Sozialdemokratie noch nicht ernstlich die Rede war. Wenn wir in unserer Sozialreform Europa heute ein Vorbild sind, so können wir stolz darauf sein und brauchen sie nicht kritisiren zu lassen, wie es hier geschehen ist. Daß die kaiserlichen Erlasse etwas enthalten, was nicht ausgeführt worden wäre, bestreite ich auch im Gegensatz zum Minister vollkommen. Denn die vom Staatsrathe ausgearbeitete Vorlage ist vom Bundesrathe und demnächst vom Reichstage erheblich erweitert worden. Eine Arbeiter-Vertretung zu geben bin auch ich bereit, aber auf dem Boden der Berufsgenossenschaften. Ich habe sehr bedauert, daß man in diese die Arbeiter nicht hineingebracht hat. Aber dann sollen sie auch bezahlen. Ein prinzipieller Gegner der Arbeiter-Vertretung bin ich also nicht. Das aber ist für mich die Grenze: ich weise jeden Eingriff in das persönliche Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zurück. Der Arbeitgeber muß sich zu dem Arbeiter wie der Mensch zum Menschen fühlen. Dann braucht man aber keine einander gegenüberstehende Organisationen. Die große Mehrzahl der Großindustrie theilt diesen meinen Standpunkt, und gerade die Aktiengesellschaften haben außerordentlich wirksame Wohlfahrtseinrichtungen, wie z. B. der vielverleumdete Herr Baare, zu dem ich persönlich gar keine Relationen habe. Es dürfen eben nicht in dies Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter fremde Personen kommen. Wenn das irgend etwas beweist, so ist es der Gang des Bierboycotts in Berlin. (Sehr richtig!) Hat da die Entscheidung in den Händen der Arbeiter gelegen? Nein. Herr Singer kam dazu und hat die Brauereien zur Kapitulation gezwungen. (Lachen links.) Mit Arbeitgebern, die in der Weise die Interessen ihres Standes verletzt haben, diskutire ich überhaupt nicht mehr. (Unruhe.) Ich habe neulich Beschwerde erhoben über die Thätigkeit der Katheder-Sozialisten und bin deswegen heftig angegriffen worden. Demgegenüber konstatire ich, daß ich nur von meinem Rechte als Volksvertreter Gebrauch gemacht habe, öffentlich, wo ich sie finde, aufzudecken. Ich muß heute sagen, daß ich mich damals noch sehr zaghaft ausgedrückt habe. (Lachen links.) Die Preßerzeugnisse aus der Feder der Katheder-Sozialisten aus der letzten Zeit beweisen nur, wie recht ich hatte. Ich habe auch nicht von den evangelischen Arbeitervereinen gesagt, daß sie ins Lager der Sozialdemokraten marschirten, sondern daß sie das thäten, wenn sie sich von Naumann'schem Geiste durchdringen lassen. (Lachen links.) Eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950208026/fragment/page=0001

Anzahl von evangelischen Arbeitervereinen haben jetzt gewachsen und dagegen protestirt, daß sie im Sinne Naumann's proceridirten. (Lachen links. Zurufe: Wohl in Neumkirchen.) Eine große Anzahl evangelischer Arbeitervereine aber hat sich ausdrücklich für Naumann erklärt. Naumann erklärt, er sei ein Bruder der Sozialdemokratie; also ist er doch auch ein Sozialdemokrat. (Großes Gelächter links.) Da kann es auch mit der Königstreue nicht weit her sein. So heißt es in einer christlich-sozialen Schrift: Die Umsturzvorlage beweist, daß man nicht zu regieren versteht. Ich behaupte auch, daß die Herren Naumann und Konsorten auch den christlichen Standpunkt verlassen haben. Lachen links. Die Ausführungen des Redners gehen, da sie häufig von Unruhe und Gelächter der Sozialdemokraten unterbrochen werden, auf der Tribüne zum Theil verloren oder sind nur undeutlich zu verstehen.) Die Intervellanten erstreben die Erhaltung des gegenwärtigen Staates unter Einführung von Reform. Bei der jetzigen Macht und dem Wachsthum der Sozialdemokraten werden sie aber ihr Ziel nicht erreichen, sondern die Sozialdemokratie nur stärken. Sie entlehnen der zweiten Weltanschauung die Waffen, um die erste Weltanschauung zu erhalten. Wenn Herr Hitze bereit ist, die Schäden zu heilen, die die Umsturzvorlage freilich nicht heilen würde, die aber durch mein Sozialistengesetz geheilt werden würden (Heiterkeit), wie kann er Arbeiterorganisationen verlangen, die der Sozialdemokratie zu gute kommen müssen? Das heißt doch zwei Schritte vorwärts thun und drei Schritte rückwärts. Ich bin seit überzeugt, wenn der ruhige Arbeiter die agitatorischen Reden nicht mehr hört und liest, er von den sozialdemokratischen Theorien bald bekehrt werden wird. Wenn wir das Ziel erreichen, ruhige Arbeiter zu haben, die sich von der Bevormundung und Tyrannei der sozialdemokratischen Führer freigemacht haben, dann bin ich auch bereit, ihnen die Organisation zu geben; so lange diese Gewähr nicht vorhanden ist, kann ich auch den Weg, den Herr Hitze uns vorzeichnet, nicht gehen. Mögen die Herren von der Regierung sagen, was sie wollen — alle Achtung vor der Konsequenz des Handelsministers —, ich bin überzeugt, kommt er zu der Ausarbeitung eines solchen Gesetzes, dann wird es nicht so ausfallen, wie es Herr Hitze will; sonst würde die Regierung den Ast absägen, auf dem sie sitzt. (Beifall rechts.)

Abg. **Möller** (Waldenburg, Soz., wegen seiner leisen Stimme und großer Unruhe im Hause auf der Tribüne fast unverständlich) führt aus, daß die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber ein Ausfluß der Spekulation und nicht der christlichen Liebe seien. Die Erklärungen des Reichskanzlers und des Handelsministers bewiesen, daß die Sozialdemokraten recht gehabt hätten, als sie sagten, mit der Ausführung der kaiserlichen Erlasse habe es gute Wege. Das Arbeiterschutzgesetz habe den Bergarbeitern nichts genützt; ihre Lage sei nach wie vor eine traurige. Im dortmunder Revier fehle es an allen Wohlfahrtseinrichtungen; nicht einmal den Geboten der Sittlichkeit würde genügt. Männer und Frauen müßten sich gemeinsam waschen und sich dabei wegen der rußigen Arbeit bis aufs Hemd entblößen. (Der Schluß der Ausführungen des Redners ist vollständig unverständlich.)

Präsident **von Levetzow** (sehr erregt): Der Abgeordnete hat seine Ausführungen mit einem Satze geschlossen, wegen dessen ich ihn zur Ordnung rufen muß. Er sprach von dem kaiserlichen Erlaß und sagte, er sei für die Katze! (Große Unruhe und Beifall rechts.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. **Rösicke**: Der Abg. Frhr. von Stumm hat geäußert, ich hätte vor den Sozialdemokraten kapitulirt. Damit hat er bewiesen, daß er über Dinge gesprochen hat, von denen er nichts versteht, was ja bei einem so vielseitigen Redner, wie es Frhr. von Stumm ist, vielfach vorkommt. (Lebhafter Beifall.) Wenn dann Frhr. von Stumm weiter mit der ihm eigenen Höflichkeit erklärt hat (Sehr gut!), er müsse es ablehnen, mit jemand zu diskutiren, der die Interessen seines Standes in der Weise verletzt hat, wie ich, so erwidere ich ihm, daß darüber nicht die rheinischen Industriellen, sondern meine Berufsgenossen zu entscheiden haben. (Sehr gut!) Und ich werde den Boycott, den Abg. v. Stumm über mich verhängt hat, um so leichter ertragen können, als ich der Meinung bin, daß niemand in diesem Hause die Geschäfte der Sozialdemokratie besser besorgt, als gerade der Abg. von Stumm. (Lebhafter Beifall links. Große Unruhe und Rufe: Zur Ordnung! rechts.)

Abg. **Fischer** (Soz.) verwahrt sich dagegen, in seiner gestrigen Rede irgend etwas gesagt zu haben, was als Herabwürdigung des Christenthums aufgefaßt werden könnte.

Abg. Frhr. **v. Stumm**: Wenn Abg. Rösicke von mir nicht rektifizirt werden will, so möge er mich nicht angreifen. Ob ich unwissend bin oder nicht, darüber hat, glaube ich, das Haus eine andere Meinung, als Abg. Rösicke. (Beifall rechts, große Heiterkeit links. Rufe: Nein!) Wer von uns beiden der Sozialdemokratie in die Hände arbeitet, beweist das schallende Bravo, das die Sozialdemokraten soeben Herrn Rösicke gespendet haben. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Lieber** erwidert dem Abg. Fischer, er sehe täglich mehr ein, daß bei den Sozialdemokraten die Worte eine andere Bedeutung hätten als bei ihm.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung. Wahlprüfungen.)

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 7. Februar, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des **Etats der Eisenbahnverwaltung**. Beim Titel „Einnahmen aus dem Personenverkehr" macht

Berichterstatter Abg. Dr. **Sattler** (nl.) zunächst Mittheilung über die in der Budgetkommission behandelten allgemeinen Fragen. Das Kleinbahnwesen solle erst bei der Sekundärbahnvorlage behandelt werden. Die Regierung habe für das nächste Jahr ein neues Einteilungsgesetz in Aussicht gestellt. Die Einnahmen aus Personen- und Güterverkehr seien in den neun ersten Monaten des laufenden Jahres um 20 Millionen gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Die Monopolisation der Eisenbahnverwaltung habe zum hauptsächlichen Inhalt die Aufhebung der Betriebsämter, deren Befugnisse auf die Direktionen übertragen worden seien; die Zahl dieser Direktionen hätte infolge dieser Aenderung von 11 auf 20 vermehrt werden müssen. Die Aufhebung der Eisenbahn-Kommissariate sei zwar von einigen Mitgliedern der Budgetkommission beanstandet, von der Mehrheit jedoch gutgeheißen worden.

Eisenbahnminister **Thielen**: Ich entspreche einer tiefempfundenen Pflicht, wenn ich der Budgetkommission den Dank der Eisenbahnverwaltung für die ebenso wohlwollende wie sachliche Erledigung des Eisenbahnetats ausspreche. Es ist geboten, die Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres vorsichtig zu schätzen. Wir werden mehrere Millionen für Beseitigung der elementaren Hindernisse, die z. B. der Verkehr führen, auszugeben haben. Der Betriebsüberschuß des Jahres 1893/94 übersteigt den Etatsanschlag um 14 Millionen. Der Betriebskoeffizient, d. h. das Verhältniß der Ausgaben zu den Einnahmen, ist von 65 Proz. im Jahre 1891/92 nach Schluß des Jahres 1893/94 auf 60½ Proz. zurückgegangen. Die Gesammteinnahmen des Jahres 1893/94 gegen 1892/93 sind um 40 Millionen gestiegen, die Gesammtausgaben sind um 1,889,000 M zurückgegangen. Das Verhältniß der Ausgaben zu den Einnahmen ist also wesentlich günstiger geworden.

Beim laufenden Etat 1894/95 hoffen wir gegen den Anschlag in Wirklichkeit einige Millionen Mehreinnahmen trotz der Ungunst der Witterung zu erzielen. Die Betriebsüberschüsse für 1895/96 sind gegen den Etat 1894/95 um 32, gegen die Wirklichkeit von 1893/94 um 33 Millionen gewachsen, die Betriebsausgaben gegen die Wirklichkeit 1893/94 um 1,085,000 M., der Betriebskoeffizient berechnet sich für den Etat 1895/96 nach dem alten Etatsschema auf 58 pCt., nach dem neuen 57 9/10 pCt.

Diese Zahlen gebe ich nicht, um zu prunken, sondern um dem Lande die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Gesammtfinanzlage unserer Eisenbahnverwaltung eine durchaus gesunde ist. Wir haben dabei nichts unterlassen, was zur Sicherung des Betriebes nothwendig ist. Die Fortschritte verdanken wir im Wesentlichen der Pflichttreue der Beamten. Ich hoffe, daß dieser Geist der Pflichttreue und Zuktedenheit bei der Eisenbahnverwaltung bestehen bleibt, entgegen allen Versuchen, Unzufriedenheit und Mißgunst auch unter die Eisenbahnbeamten zu verpflanzen.

Abg. **Gothein** (frs. Vgg.). Unsere Eisenbahnverwaltung hat keine naturgemäße Entwickelung genommen. Wir leiden wirthschaftlich unter den Monopolpreisen. Die Verwaltung ist technisch gut, finanziell sicher gut, wirthschaftliche Forderungen werden nicht erfüllt. Es ist aber die Hauptaufgabe der Eisenbahnverwaltung, dem wirthschaftlichen Verkehr gerecht zu werden. Es ist bezeichnend, daß der Minister diese Aufgabe mit keinem Wort erwähnt hat. Unter den Monopolpreisen leiden besonders die Industriezweige, die auf weite Entfernungen transportiren müssen und unter ungünstigen Verhältnissen arbeiten. Ich bitte den Minister dringend, der Industrie des Ostens, insbesondere der Kohlenindustrie Schlesiens die billigen Tarife zu gewähren, die sie fordert. Die Eisenbahnverwaltung sollte auch in der Konzessionirung von Privatbahnen entgegenkommender sein. Auf dem Gebiet des Eisenbahnbaues herrscht völlige Stagnation. So wurde eine Linie Gleiwitz-Rendz verlangt, aber abgelehnt. Als dann sich Private zusammenthaten, um die Bahn zu bauen, sagte die Verwaltung, sie müsse sich den Bau der Strecke vorbehalten. Ich nehme es dem Minister nicht übel, wenn seine große Verwaltung etwas bureaukratisch gehandhabt wird, aber ich bitte ihn die Bureaukratie nicht überhand nehmen zu lassen. Der Minister möge stets daran denken, daß die Eisenbahnen hauptsächlich den wirthschaftlichen Bedürfnissen dienen.

Abg. **Schmieding** (nl.): Kein Staat Europas befindet sich in einer glänzenderen Vermögenslage wie Preußen, wir können jährlich 200 Millionen decken. Trotzdem befinden wir uns in einer unbehaglichen Finanzlage, und ich wundere mich, daß Abg. Richter sie fortgesetzt so schönfärberisch darstellt. Die Ursache ist die Verschlechterung des Verhältnisses zum Reich. In 5 Jahren hat sich das Verhältniß um 100 Millionen verschlechtert. Daß dieser Umstand auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, ist einleuchtend. Dabei sind die ergiebigsten Steuerquellen, die indirekten, durch die Verfassung dem Reich überlassen. Die direkte Besteuerung hat der Finanzminister auf eine gesunde Grundlage gestellt, aber wir sind auch an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen. Ich bedaure, daß hinsichtlich der Reichsfinanzreform die Thronrede den Standpunkt des Ministers Miquel verlassen hat. Ebenso sehr habe ich das Zurückweichen in der Sache des **Eisenbahngarantiegesetzes** bedauert. Wir stehen heute vor der Gefahr, daß die Eisenbahnverwaltung über dem finanziellen das wirthschaftliche Interesse vergißt, und dies ist doch von allen Parteien bei der Verstaatlichung als die Hauptsache angesehen worden. Der Finanzminister glaubt noch nicht auf die Eisenbahnüberschüsse verzichten zu können. Das kann gefährlich werden, wenn die Eisenbahnen einmal mit Unterbilanz arbeiten. Ein gesunder Zustand ist es doch nur, wenn gleichzeitig mit den Ueberschüssen auch das wirthschaftliche Leben gedeiht. Das ist aber nicht der Fall. Damit die Eisenbahnen wirklich dem wirthschaftlichen Fortschritt dienen, ist eine durchgreifende **Tarifreform** nothwendig. Wir könnten das Eisen um 5 Mk. pro Tonne billiger herstellen, wenn wir dieselben Frachtsätze hätten wie die belgischen Eisenbahnen. Wenn der Staat kein Geld mehr für Kulturbedürfnisse hat, so ist das ein latentes Defizit.

Geh. Ober-Finanzrath **Lehner**: Der Finanzminister ist heute abwesend, er konnte annehmen, daß die vom Vorredner angregten Fragen bei der Generaldebatte des Etats erledigt seien. (Sehr richtig! rechts.) Auf die Frage des Finanzverhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten gehe ich nicht ein.

Abg. **Brömel** (Kresf. Vgg.): Die Eisenbahnüberschüsse haben sich von Jahr zu Jahr vermehrt. Je länger die Tarifreform hinausgeschoben wird, desto schwieriger wird angesichts dieser Thatsache ihre Regelung. Das Personentarifsystem leidet nicht blos an Verschiedenheiten, Unregelmäßigkeiten, sondern auch an Unbilligkeiten. Reisgutirter kann sich niemand in diese Mißstände ergeben als es unser Minister, der Chef des größten Eisenbahnsystems der Welt, gethan hat. Die billigste Wagenklasse befördert das Gros der Personen. Die Beförderung ist auf den 3 ersten Wagenklassen zurückgegangen, sie hat auf der 4. erheblich zugenommen. Die 4. Klasse hat selbst die 3. überflügelt. Ich erkenne an, daß in den letzten Jahren für die 4. Klasse viel geschehen ist. Aber es giebt Strecken, auf denen täglich viermal Schnellzüge verkehren, aber nur ein Zug mit vierter Klasse. Diese Sparsamkeit geht doch zu weit. Es fragt sich, ob es nicht rationell wäre, von der vierten Klasse, die sich in ihrer rohen Form nicht bewährt hat, ganz abzusehen und den Tarifsatz der vierten Klasse auf die dritte zu übertragen. Die Aenderung in den Tarifen für den Berliner Vorortverkehr haben sich finanziell durchaus bewährt, es ist eine Vermehrung der Fahrten um 50 Proz. eingetreten. Wie bei den Personentarifen liegt es auch bei den Gütertarifen. Ein kleiner Anfang ist gemacht, aber wir sind noch weit davon entfernt, die Wünsche des Landeseisenbahnraths und weiter gewerblicher Kreise auf Durchführung der **Rohstofftarife** erfüllt zu sehen. Selbst die kleine Reform der Berliner Vorortstarife würde heute nicht gewagt werden. Mit seinem Herzen muß der Minister doch auf unserer Seite stehen, er kann als Verkehrsminister nicht anders.

Abgesehen von den Tarifen bringt die Sparsamkeit Nachtheile bei den Gehältern der Beamten. Bei der Neuregelung der Gehälter und Durchführung der Altersstufen ist vielfach zwar das Höchstgehalt erhöht, das Anfangsgehalt aber herabgesetzt worden. Eine Verwaltung mit solchen Ueberschüssen sollte zu so harten Maßnahmen nun und nimmermehr schreiten. Auf diesem Gebiet sollte der Eisenbahnminister nachdrücklicher gegen den Finanzminister vorgehen. Der vorliegende Etat bringt uns eine Aenderung der Organisation, die einige Erspparnisse herbeiführt. Auch hier scheint der Finanzminister großen Einfluß gehabt zu haben. Jenigstens hätten die hier ersparten Summen zu anderen Reformen und Besserung der Beamtengehälter verwandt werden sollen. Auch möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die Aufsichtskontrole über die Privatbahnen in Reichskontrole verwandelt werde.

Minister **Thielen**: Ich beabsichtige nicht, auf die Frage des Eisenbahngarantiegesetzes und auf eine grundsätzliche Erörterung der Tariffrage einzugehen. Unser Herz ist bei denen, die eine Tarifermäßigung befürworten, aber zu einer Zeit, wo wir noch nicht wissen, wie wir unser Defizit decken, wäre eine Tarifermäßigung nicht rathsam. Abg. Gothein hat uns vorgeworfen, die Exzerte für Schlesien schädigten die schlesische Industrie. Die schlesischen Exzerte sind die billigsten, die es überhaupt giebt. (Hört! hört! rechts.) Eine Schädigung der oberschlesischen Walzwerke liegt nicht darin, wenn auf oberschlesischen Strecken Schienen aus dem Ruhrrevier verwandt werden. Die oberschlesischen Walzwerke, die doch auch zu dem Syndikat gehören, an das wir gewiesen sind, haben dafür gestimmt. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist für Schlesien eine wahre Wohlthat gewesen; denn die Tarifermäßigungen kommen auch den Anwohnern der schlesischen Privatbahnen zu gute. Die Vorschläge des Abg. Brömel werde ich prüfen. Die Beseitigung der 4. Klasse befand sich schon in den Vorschlägen, die mein Amtsvorgänger den Bezirkseisenbahnräthen zur Vorberathung überwies. Der Vorschlag fand bei den Bezirkseisenbahnräthen keinen Beifall. Für mich wäre kein Grund, der wohl angeführt wird, daß durch die Beseitigung der 4. Klasse die 3. Klasse unwillkommene Gäste bekäme. Eine probeweise Durchführung der Tarifreform auf einzelnen Strecken wäre eisenbahntechnisch unmöglich, sie giebt auch kein Bild über die Wirkung einer allgemeinen Tarifreform. Auch ich halte eine Durchführung der Rohstofftarife für wünschenswerth, aber gerade auf dem Gebiete des Gütertarifwesens muß man die vorsichtigsten Ermittelungen anstellen. Hier muß man auf ganz fester Grundlage stehen. Die Aufhebung und Wiedereinführung der Stoffklassen sind hierfür eine ernste Mahnung. Eine Sekundärbahnvorlage ist noch jährlich eingetroffen. Jährlich sind auch erhebliche Summen für Beamte ausgeworfen. Ich bin der letzte, der nicht wünschte, daß alle seine Beamten gut stehen, aber in den schlechten Zeiten muß der Beamte Geduld haben. Außerdem steigt die Kaufkraft von Jahr zu Jahr, d. h. die Lebensbedürfnisse werden billiger. Davon hat der Beamte mit festem Gehalt einen erheblichen Vortheil. (Sehr richtig!) Zu den Ausführungen des Abg. Brömel über die Staatsaufsicht liegt vom theoretischen Standpunkt manches Wahre. Bei einer praktischen Beurtheilung müssen diese Bedenken verschwinden. Bei der Staatsaufsicht über die Privatbahnen war an einen lebendigen Verkehr gedacht, der nicht durch bloße Polizeimaßregeln sich erreichen läßt. Deshalb sind schon von meinem Amtsvorgänger einzelne Eisenbahndirektionspräsidenten mit der Aufsicht betraut worden, und Abg. Brömel kann sich davon überzeugen, daß das nirgend zur Unzufriedenheit führt. Jetzt haben sich die Privatbahnen vermehrt. Diese haben in allen unmittelbar praktischen Fragen mit den Direktoren zu thun. An diese müßte sich auch das Eisenbahnkommissariat wenden. Das würde zu unnützen bureaukratischen Schreibereien führen. Sobald wir einem kleinen Privatbahnunternehmen an die Kehle fassen, schreit's ganz gewiß, und seine Beschwerden werden auch, wenn sie gerecht sind, abgestellt. Ich bitte Sie, es bei der bestehenden Organisation zu lassen. (Beifall.)

Abg. **Bueck** (nl.): In weitesten gewerblichen Kreisen wird die Ueberzeugung getheilt, daß der Minister für die Bedürfnisse des Verkehrs ein warmes Herz hat, er ist aber ein Opfer der schädlichen Art der Vertheilung der Ueberschüsse. Unsere Industrie befindet sich in einer sehr mißlichen Lage gegenüber anderen Staaten, sie hat Ueberproduktion, und ist genötigt, ihre Erzeugnisse auf weite Entfernungen abzusetzen. In der gleichen Lage befindet sich die Landwirthschaft. Wir sind gezwungen, die Produktionskosten zu verringern. Wir wären wohl in der Lage, die Löhne systematisch herabzusetzen, aber ich würde das für einen Rückschritt halten; der einzige Weg, die Produktionskosten zu ermäßigen, ist eine Herabsetzung der Transportkosten. Auf diesem Gebiete scheitern alle Vorschläge an dem Widerspruch der Finanzverwaltung, die auf die Ueberschüsse der Eisenbahnen rechnet. Jetzt werden Lasten, die eigentlich von den gesammten Steuerzahlern getragen werden müßten, von den Verkehrsinteressenten getragen. Deshalb spricht man mit Recht von einer Verkehrssteuer. Der Finanzminister hat nicht die Aufgabe, dadurch daß er den letzten Pfennig aus den Eisenbahnen herauspreßt, dem Reich unsere Lage noch einigermaßen annehmbarer erscheinen zu lassen.

Abg. Dr. **Irmer** (kons.): Das ganze Gebäude der Rede des Abg. Gothein ist nach den Ausführungen des Ministers zusammengefallen. (Beifall rechts.) Abg. Gothein versuchte die Eisenbahnverstaatlichung zu stigmatisiren mit der Bezeichnung Monopol. Ueber den Nutzen der Eisenbahnverstaatlichung sind die Akten geschlossen, die Ausführungen des Abg. Gothein machten auf mich einen prähistorischen, fossilen Eindruck. (Heiterkeit rechts). Man klagt über die Ueberschußwirthschaft. Rechnet man die Dividenden aus der Zeit der Privatbahnen zusammen, so wird vielleicht noch mehr herauskommen als der jetzige Ueberschuß von 174 Millionen. Die Stadt Berlin hat Gaswerke, gegen deren Ueberschüsse die Eisenbahnüberschüsse ein wahrer Waisenknabe sind. (Hört, hört! rechts.) Das Wort des Fürsten Bismarck hat auch heute noch Geltung, aber wir sind nicht in der Lage, auf die Ueberschüsse zu verzichten. Ich möchte davor warnen, die Personentarife ohne weiteres zu verbilligen. (Sehr richtig! rechts.) Darin ist schwere soziale und wirthschaftliche Gefahr. Die bestimmt Vorortstarife haben zwar Mehreinnahmen eingebracht, aber wir wissen nicht, wie viel Mehrausgaben sie verursacht haben. Zweifellos befördern die billigen Tarife das Vagabondenthum, sie tragen zur Verbreitung der Sozialdemokratie aus der Stadt auf das Land bei, sie kommen den Handlungsreisenden zu gute, die Tag und Nacht auf der Landstraße liegen. Die billigen Tarife bringen so schweren sozialen Schaden, daß dieser selbst bei bedeutenden Mehreinnahmen nicht ausgeglichen wird. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Personentarife sind billig genug. (Zustimmung rechts.) Allerdings wird eine Vereinfachung sich als nothwendig herausstellen. (Zustimmung.)

Abg. **v. Eynern** (nl.): Bei der Entwickelung, die Berlin genommen hat, können die berliner Vorortstarife nicht geändert werden. Mit seiner Ablehnung jeder Tarifreform steht Abg. Irmer im Widerspruch mit dem Landwirthschaftsminister, der eine Verbilligung der Gütertarife im Interesse der Landwirthschaft forderte. (Zuruf rechts: Personentarifen!) Sollte der Reichstag das Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten nicht regeln, so erwarte ich, daß dann die Wähler sich den Sand aus den Augen wischen und einen besseren Reichstag wählen werden. Wenn der Minister seine Beamten zu trösten sucht mit Hinweis auf die billigen Lebensmittel, so habe ich nur bemerkt, daß die Lebensmittel theurer geworden, Eier, Butter, Fleisch. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Gerade im wirthschaftlichen Interesse bedarf unser Eisenbahnnetz einer Erweiterung. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Die Berathung des Eisenbahnetats wird Freitag 11 Uhr fortgesetzt.

Schluß 3¾ Uhr.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Nordhausen, 7. Febr. Weizen 10,75—11,75 M, Roggen 10,50—11,25 M., Gerste 9,00—11,00 M., Hafer 9,00—10,50 M.

* Hamburg, 7. Febr. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 128—135 Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 124—126, russischer loco fest, loco neuer 76—78. Hafer fest. Gerste fest.

* Stettin, 7. Febr. Weizen loco still, neuer 120—135, per April-Mai 137,50, per Mai-Juni 138,50. Roggen loco lustlos, 111—115, per April-Mai 116,50, per Mai-Juni 117,50. Pommerscher Hafer loco 104—110.

* Wien, 7. Febr. Weizen per Frühj. 6,63 Gd., 6,65 Br., per Mai-Juni 6,73 Gd., 6,75 Br. Roggen per Frühj. 5,64 Gd., 5,66 Br., per Mai-Juni 5,75 Gd., 5,77 Br. Hafer per Frühj. 6,18 Gd., 6,20 Br., per Mai-Juni 6,22 Gd., 6,24 Br.

* Pest, 7. Febr. Weizen behauptet, per Frühj. 5,56 Gd., 5,57 Br., per Herbst 6,89 Gd., 6,91 Br. Roggen per Frühj. 5,47 Gd., 5,49 Br. Hafer per Frühj. 6,02 Gd., 6,04 Br.

* Amsterdam, 6 Febr. Weizen auf Termine höher, per März 130, per Mai —, Roggen loco —,—, do. auf Termine stetig, per März 93, per Mai 95, per Okt. —.

* Antwerpen, 6. Febr. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste behauptet

* New York, 7. Febr. (Telegr.) (Anfangsbericht.) Weizen per Mai 59¼.

Zucker.

* Hamburg, 7. Febr. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Febr. 9,17½ per März 9,15, per Mai 9,25, per Aug 9,47½. Ruhig.

* Hamburg, 7 Febr. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Rüben Rohzucker I. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg, per Febr. 9,15, per Mai 9,22½, Mat.

* Paris, 7. Febr. (Schluss-ber.) Rohzucker, ruhig, 88% loco 24,00—24,50. Weisser Zucker ruhig, Nr. 3. per 100 kg., per Febr. 25,75, per März 25,87½, per März-Juni 26,12½, per Mai Aug. 26,62½.

* London, 7. Febr. 96% Javazucker loco 11¼ ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9½ ruhig

Petroleum.

* Stettin, 7. Febr. Loco 9,85.

* Hamburg, 7. Febr. Petroleum loco fest, Standard white loco 5,40 Br.

* Bremen, 7. Febr. (Bürsen-Schluss-Bericht) Raffinirtes Petroleum. (Offiz. Notirung der Bremer Petroleum-Börse) Höher. Loco 5,50 Br.

* Antwerpen, 7. Febr. (Schluss-Bericht.) Raffinirtes Type weiss loco 12¾ bez u Br., per Febr, 14¾ Br., per Febr.-März 14¾ Br., per Sept. Dez. 15¼ Br. Ruhig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950208026/fragment/page=0002